



## **N i e d e r s c h r i f t**

**der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Ausschusses für  
Klimaschutz, Umwelt und Ordnung am 05.12.2024**

***öffentlich***

---

**Ort:** Stadthaus, Kleiner Saal,  
Marktplatz 2,  
06108 Halle (Saale),

**Zeit:** 17:01 Uhr bis 19:17 Uhr

**Anwesenheit:** siehe Teilnehmerverzeichnis

## Anwesend waren:

### **Mitglieder**

Dr. Silke Burkert	Stellvertretende Ausschussvorsitzende, SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)
Torsten Radtke	AfD-Stadtratsfraktion Halle
Alexander Raue	AfD-Stadtratsfraktion Halle, Teilnahme ab 17:15 Uhr
Thorben Vierkant	AfD-Stadtratsfraktion Halle, Vertreter für Herrn Böhlke
Dr. Christoph Bergner	CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale), Vertreter für Herrn Dr. Erdsack
Henry Körner	CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale), Teilnahme bis 19:00 Uhr
Dirk Gernhardt	Fraktion Die Linke im Stadtrat Halle (Saale)
Dr. Mario Lochmann	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Vertreter für Frau Prof. Dr. Dalbert, Teilnahme bis 18:32 Uhr
Ferdinand Raabe	Fraktion Volt/MitBürger, Vertreter für Herrn Friedemann Raabe Teilnahme bis 17:29 Uhr und 19:00 bis 19:22 Uhr
Andreas Wels	Fraktion Hauptsache Halle, Teilnahme bis 19:17 Uhr
Tim Kehrwieder	Fraktion der Freien Demokraten (FDP) / FREIEN WÄHLER (FW) im Stadtrat von Halle (Saale)
Torsten Doege	Sachkundiger Einwohner
Marion Krischok	Sachkundige Einwohnerin
Julius Neumann	Sachkundiger Einwohner
Miriam Schöps	Sachkundige Einwohnerin, Teilnahme bis 18:45 Uhr
Stefan Schulz	Sachkundiger Einwohner
Sabine Wolf	Sachkundige Einwohnerin

### **Verwaltung**

René Rebenstorf	Beigeordneter Stadtentwicklung und Umwelt
Simon Kuchta	Leiter Fachbereich Umwelt
Tobias Teschner	Leiter Fachbereich Sicherheit
Daniel Zwick	Leiter Dienstleistungszentrum Klimaschutz
Simone Trettin	Leiterin Abteilung Stadtentwicklung/Freiraumplanung
Ina Kuhn	Leiterin Team Städtebauliche Projektentwicklung
Martin Herrmann	Leiter Abteilung Umweltmanagement und Service
Hans-Jürgen Scherer	Leiter Eigenbetrieb Kindertagesstätten
Sarah Lange	Protokollführerin

## **Gäste**

Sabine Schütz

Leiterin der Stabsstelle Bauprojekte am  
Universitätsklinikum Halle (Saale)

## **Entschuldigt fehlten:**

Prof. Dr. Claudia Dalbert

Olaf Böhlke

Dr. Jörg Erdsack

Friedemann Raabe

Josef Hebeda

Johannes Menke

Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

AfD-Stadtratsfraktion Halle

CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale)

Fraktion Volt/MitBürger

Sachkundiger Einwohner

Sachkundiger Einwohner

## **zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit**

---

Die Sitzung des Ausschusses für Klimaschutz, Umwelt und Ordnung wurde von der stellvertretenden Ausschussvorsitzenden, **Frau Dr. Silke Burkert**, eröffnet und geleitet. Sie stellte die Ordnungsmäßigkeit der Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

## **zu 2 Feststellung der Tagesordnung**

---

**Herr Vierkant** schlug vor, den Tagesordnungspunkt 6.2 bis Januar 2025, sowie den Tagesordnungspunkt 6.3 bis Februar 2025 zu vertagen.

**Herr Rebenstorf** schlug vor, die Tagesordnungspunkte 5.1 und 5.2 bis März 2025 zu vertagen. Gleiches erfolgte im Ausschuss für Planungsangelegenheiten und Digitalisierung, da noch offene Fragen durch das Land zu beantworten sind.

**Frau Dr. Burkert** sagte, dass der Beschlussvorschlag beim TOP 6.7 modifiziert wurde.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen zur Tagesordnung. **Frau Dr. Burkert** bat um Abstimmung.

**Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt**

Somit wurde folgende geänderte Tagesordnung festgestellt:

### **öffentlicher Teil**

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
2. Feststellung der Tagesordnung
3. Einwohnerfragestunde
4. Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift
  - 4.1. Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift vom 17.10.2024
  - 4.2. Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift vom 14.11.2024
5. Beschlussvorlagen
  - 5.1. Bebauungsplan Nr. 217 Sondergebiet Justizvollzugsanstalt Halle, Posthornstraße – Aufstellungsbeschluss  
Vorlage: VII/2024/06889 **vertagt**

- 5.2. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Halle (Saale), lfd. Nr. 43  
Sonderbaufläche Justizvollzugsanstalt Halle, Posthornstraße – Aufstellungsbeschluss  
und frühzeitige Beteiligung  
Vorlage: VII/2024/07331 **vertagt**
- 5.3. Standortkonzept für Alttextiliencontainer auf öffentlichen Flächen der Stadt Halle (Saale)  
Vorlage: VII/2024/06794
- 5.4. Bebauungsplan Nr. 219 Sondergebiet Theoretikum Weinberg Campus -  
Aufstellungsbeschluss  
Vorlage: VIII/2024/00014
- 5.5. Die Stadt Halle (Saale) beantragt die Bundesförderung aus dem Bundesprogramm  
Anpassung urbaner und ländlicher Räume an den Klimawandel  
Vorlage: VIII/2024/00327
- 5.6. Antragstellung der Stadt Halle (Saale) zur Gewährung einer Zuwendung aus dem  
Programm "Klima III"  
Vorlage: VIII/2024/00472
6. Anträge von Fraktionen und Stadträten
- 6.1. Antrag der AfD-Stadtratsfraktion zur Einrichtung zusätzlicher Parkplätze unter der  
Hochstraße  
Vorlage: VIII/2024/00374
- 6.2. Antrag der AfD-Stadtratsfraktion zur Befestigung des Fußweges vor der Kita Wurzelhaus  
(Regensburger Straße 40)  
Vorlage: VIII/2024/00375 **vertagt**
- 6.3. Antrag der AfD-Stadtratsfraktion zur Prüfung der Standsicherheit der Straßenlaternen mit  
Betonmasten aus dem DDR-Erbe im Stadtgebiet zwecks Gefahrenabwehr  
Vorlage: VIII/2024/00377 **vertagt**
- 6.4. Antrag der AfD-Stadtratsfraktion zur Sicherung der Kita „Kinderinsel“  
Vorlage: VIII/2024/00378
- 6.5. Antrag der Fraktion Die Linke im Stadtrat Halle (Saale) zur Beleuchtungssituation  
Friedrich-List-Straße  
Vorlage: VIII/2024/00386
- 6.6. Antrag der Fraktion Die Linke im Stadtrat Halle (Saale) zur frühzeitigen Sicherung der  
Kleingärten und Angelgewässer in Bruckdorf  
Vorlage: VIII/2024/00388
- 6.7. Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zu Freiflächen für die Nachtkultur  
Vorlage: VIII/2024/00147
7. Mitteilungen
- 7.1. Informationen zu aktuellen Baumfällungen in der Stadt Halle (Saale)  
Vorlage: VIII/2024/00590
8. Anfragen von Fraktionen und Stadträten

- 8.1. Anfrage der Fraktion BÜDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Pflege der Weinbergwiesen  
Vorlage: VIII/2024/00555
- 8.2. Anfrage der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Bewertung eines Pilotprojektes zur autonomen Straßenbahn  
Vorlage: VIII/2024/00463
- 8.3. Anfrage der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zum Flughafen Leipzig-Halle – hier: Lärmbelastung  
Vorlage: VIII/2024/00550
- 8.4. Anfrage der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zu den Straßen Im Langen Feld und Diestelweg – hier: Verkehrsberuhigung  
Vorlage: VIII/2024/00551
9. Anregungen

### **nicht öffentlicher Teil**

10. Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift
- 10.1. Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift vom 17.10.2024
- 10.2. Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift vom 14.11.2024
11. Beschlussvorlagen
12. Anträge von Fraktionen und Stadträten
13. Mitteilungen
14. Anfragen von Fraktionen und Stadträten
15. Anregungen

## **zu 3        Einwohnerfragestunde**

---

### **zu 3.1     Fragesteller 1 zum Orgacid**

---

*-Auf Antrag der Stadträtin Frau Dr. Burkert erfolgt zu diesem Tagesordnungspunkt ein Wortprotokoll.-*

#### **Fragesteller 1**

Meine sehr verehrten Damen und Herren, der heutige Zeitpunkt der Sitzung trifft für uns, speziell für die Bürgerinitiative, natürlich sehr, sehr gut. Vorige Woche, am 27.11., war ein interessanter Artikel von Herrn Skrzypczak in der Zeitung, und von Herrn Streckenbach, über diese ganzen Ungereimtheiten, was also in Bezug auf diese Grundwassermessstellen sind, was da vorgetragen wurde. Und dann gestern dazu war der Umweltausschuss im Landtag in

Magdeburg, hat beraten, und heute in der MZ ist ein sehr interessanter Bericht von Jan Schuhmann, wie es mit der Orgacid weitergeht.

Meine Frage zu diesem heutigen Thema: Zum Jahresbeginn wurde angekündigt vier neue Grundwassermessstellen einzurichten. Meine Frage ist: Wann werden diese Grundwassermessstellen eingerichtet? Und die ganz präzise Frage: An welchen Standorten?

Uns erscheint das sehr, sehr wichtig, weil diese Standorte eigentlich viel aussagen über den Grundwasserabstrom der Schadstoffe zur Weißen Elster.

Ich hatte bei der letzten Umweltsitzung hier, im Juli war das, die Frage lautete, ich hatte die Frage gestellt: Wann erwarten wir von der Stadt eine belastbare, zweifelsfreie Gefahrenbeurteilung beziehungsweise Gefährdungsabschätzung zum Orgacid-Gelände, damit die Bürger in Ammendorf endlich Bescheid wissen, muss man sich Sorgen machen, ja oder nein.

In der Ausschreibung am 05.05.20 sind wir als Wissensträger, als Zeitzeugen und Geschädigte eigentlich aufgefordert worden, bei diesen historisch genetischen Recherchen mitzuwirken. Wir waren damals der großen Hoffnung, dass es voranging. Aber ich muss hier einige Sachen kritisieren, was uns absolut nicht gefallen hat. Wir hatten uns ....

**Frau Dr. Burkert**

Darf ich Sie ganz kurz, wir müssen bitte zu Ihrer Frage kommen, und eine kurze Frage, damit die Stadtverwaltung dann auch noch antworten kann. Ja, drei Minuten haben wir.

**Fragesteller 1**

Na, das fällt mir schwer. Aber gut, ich werde versuchen, das wichtigste noch zu sagen. Ich war also am 27.03.23 in der Hoffnung, dass man uns etwas ernster nimmt, war ich im Büro im Umweltamt in Halle-Neustadt und habe mal aufgezeigt, welche Objekte eigentlich noch unter der Erde sind. Und das ist das Entscheidende, denn die Grundwassermessstellen können nur errichtet werden oder sind zielführend, wenn dort die Grundwassermessstellen eingerichtet werden, wo noch die Objekte in der Erde sind. Und da sind wir, als Zeitzeugen eigentlich, bevor man wieder viel Geld ausgibt für gravimetrische Untersuchungen oder für (*unverständlich*) Bewilligungen, da kann man uns fragen. Wir wissen, wo diese Stellen sind, abweichend fünf bis zehn Meter, auf der Länge der Zeit ist das nicht mehr so, aber das kann man sich ersparen, das könnte dazu beitragen, diese Sache effektiver zu gestalten.

**Frau Dr. Burkert**

Gut, dann vielen Dank für Ihre Frage. Und Herr Kuchta würde zu Ihren Messstellen antworten.

**Herr Kuchta**

Sehr geehrter Herr [...] zu Ihrer Frage nach den Grundwassermessstellen: Es ist tatsächlich so, dass wir ursprünglich vier neue Grundwassermessstellen geplant haben. Es hat sich bei den Untersuchungen herausgestellt, dass vermehrt oder mehr Grundwassermessstellen wieder reaktiviert werden konnten, sodass jetzt nur noch drei neue Grundwassermessstellen geplant sind. Zwei werden auf dem Gelände der MDSE errichtet und eine im südwestlichen Abstrom der ehemaligen Orgacid-Fabrik an der Eisenbahnstraße.

**Frau Dr. Burkert**

Gut, vielen Dank. Dann vielen Dank für Ihre Frage. Sie haben die Möglichkeit, noch eine Nachfrage zu stellen.

**Fragesteller 1**

Eine Frage noch, gestatten Sie mir. Kurz bevor die Stadtratswahl im Mai, vor der Wahl, am 30.05., hatte ich die Möglichkeit oder wir haben sie wahrgenommen, die Frau Lempke anzusprechen. Die war ja hier in Halle. Und sie hat sich auch Zeit für uns genommen und hat Bürgernähe gezeigt. Und ich konnte meine Fragen an sie stellen. Ihre Sekretärin hat das aufgenommen und hat gesagt, wir bekommen eine Antwort. Aber leider habe ich bis heute noch keine Antwort von ihr, obwohl ich im Regionalbüro in Magdeburg schon ein paar Mal angerufen habe. Man hält es nicht für nötig, uns über diese Sache im Laufenden zu halten. Danke, das war's dann.

*-Ende Wortprotokoll.-*

### **zu 3.2 Fragesteller 2 zum Klimaschutzkonzept**

---

**Fragesteller 2** sagte, dass im Sportausschuss die Anregung gegeben wurde Klimaneutralität auch im Bereich der Kultur mitzudenken. Er fragte, ob gesellschaftliche Themenfelder wie Sport und Kultur in Bezug auf Klimaneutralität eine Rolle spielen könnten.

**Herr Zwick** sagte, dass die Fortschreibung des Klimaschutzkonzeptes in 2025 abgeschlossen sein wird. Momentan erfolgt eine fachliche Beteiligung von Fachgremien und Verbänden. Im Anschluss werden die Ergebnisse öffentlich bekannt gegeben und es erfolgt eine Öffentlichkeitsbeteiligung.

Er sagte, dass Klimaneutralität in verschiedenen Bereichen mitgedacht wird. So auch bei der Europameisterschaft, die klimaneutral gestaltet wurde. Die städtischen Gebäude müssen insofern auch betrachtet und ertüchtigt werden, aber auch technische Geräte wie Mähroboter müssen ihren Klimabeitrag leisten.

Parallel dazu erfolgt eine Umbestellung beim Thema Mehrweg. Er war bereits bei verschiedenen Sportakteuren und habe deren Ideen wahrgenommen.

**Fragesteller 2** fragte, ob es bereits Ideen gibt, durch Waldstruktur / Bewirtschaftung / Architektur aber auch einbindende Anwohnerschaft Flächen zu schaffen, die als Kohlenstoffsенке fungieren könnten, um so in anderen Bereichen, Kultur und Sport, entsprechende Emissionen ausgleichen zu können.

**Herr Zwick** sagte, dass diese Thematik neu aufgenommen wird. Die größte Klimasenke in Halle (Saale) ist die Dölauer Heide bzw. im Verbund in städtischen Wäldern.

### **zu 4 Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift**

---

#### **zu 4.1 Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift vom 17.10.2024**

---

Es gab keine Einwendungen gegen die Niederschrift vom 17.10.2024.

**Abstimmungsergebnis: bestätigt**



**zu 4.2 Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift vom 14.11.2024**

---

Es gab keine Einwendungen gegen die Niederschrift vom 14.11.2024.

**Abstimmungsergebnis:** bestätigt

**zu 5 Beschlussvorlagen**

---

**zu 5.3 Standortkonzept für Alttextiliencontainer auf öffentlichen Flächen der Stadt Halle (Saale)  
Vorlage: VII/2024/06794**

---

**Herr Kuchta** führte in die Beschlussvorlage ein und bat um Zustimmung.

**Herr Doege** sagte, dass die Katholische Kirche in Dörlau eine Sammelstelle hat und fragte, ob diese zukünftig noch Altkleider sammeln darf.

**Herr Kuchta** sagte, dass das Konzept nur auf städtischen Flächen zur Anwendung kommt.

**Herr Dr. Lochmann** fragte, ob man in Kenntnis über Sondergenehmigungen ist.

**Herr Kuchta** sagte, dass der Fachbereich Sicherheit über Ausnahmen in Kenntnis ist. Der Fachbereich Umwelt ist zuständig für die Entsorgung und dafür bedarf es dieses Konzeptes.

**Herr Dr. Bergner** fragte, ob gemäß Kreislaufwirtschaftsgesetz das Sammeln von Alttextilien zu ermöglichen ist und inwieweit die Stadt verpflichtet ist, eine bestimmte Kapazität sicherzustellen.

**Herr Kuchta** sagte, dass die Verpflichtung besteht. Und dieser möchte man mit 231 oberirdischen Wertstoffinseln nachkommen. Hinzu kommen die Sammelstellen auf privatem Grund. Man trägt damit den Anforderungen des Kreislaufwirtschaftsgesetzes genüge.

**Herr Dr. Bergner** fragte, nach welchen Kriterien festgestellt wird, ob die aufgestellten Container ausreichend sind.

**Herr Herrmann** sagte, dass Alttextilcontainer an den Standorten aufgestellt werden, wo bereits Glascontainer stehen. Diese sogenannten Wertstoffinseln sind Bürgerinnen und Bürgern bekannt und werden sehr gut angenommen. Von daher geht man davon aus, dass die Anzahl der Alttextilcontainer ausreichend sein wird.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

**Frau Dr. Burkert** bat um Abstimmung.

**Abstimmungsergebnis skE:** einstimmig zugestimmt

**Abstimmungsergebnis SR:** einstimmig zugestimmt

### **Beschlussempfehlung:**

Der Stadtrat beschließt das Standortkonzept für Alttextiliencontainer auf öffentlichen Flächen der Stadt Halle (Saale).

#### **zu 5.4      Bebauungsplan Nr. 219 Sondergebiet Theoretikum Weinberg Campus - Aufstellungsbeschluss Vorlage: VIII/2024/00014**

---

**Herr Rebenstorf** führte in die Beschlussvorlage ein und bat um Zustimmung.

**Frau Dr. Burkert** bat um Erteilung des Rederechts für Frau Schütz (Leiterin Stabstelle Bauprojekte am Universitätsklinikum Halle (Saale)). Das Rederecht wurde erteilt.

**Herr Neumann** fragte, wie viele Bäume für die Maßnahme gefällt werden müssen.

**Frau Kuhn** sagte, dass man zum jetzigen Zeitpunkt noch keine Aussagen tätigen kann. Im Laufe des Verfahren wird eine Eingriffs- und Ausgleichsbilanzierung erfolgen. Die Erstellung eines Umweltberichtes ist Teil des Bauleitverfahren und wird entsprechend erfolgen.

**Herr Rebenstorf** sagte, dass, wie vorliegend, ein Aufstellungsbeschluss erstmals die Verwaltung ermächtigt, mit der Planung zu beginnen. Detailfragen zu beantworten ist zum jetzigen Zeitpunkt nicht möglich. Die Fragen werden aber mitgenommen, um sie bei der weiteren Planung zu berücksichtigen.

**Herr Raue** fragte, wo die Errichtung von Parkplätzen vorgesehen ist.

**Frau Schütz** antwortete, dass eine Tiefgarage von Nöten ist.

**Herr Rebenstorf** sagte, dass alle jetzt vorhandenen Parkflächen rechtlich erhalten werden müssen und werden.

**Herr Raue** fragte, in welcher Form baulicher Bevölkerungs- und Katastrophenschutz berücksichtigt wird. Er fragte, ob das Gebäude bereits in der Planung mit Schutzräumen unter der Tiefgarage bedacht werden kann.

**Frau Schütz** sagte, dass der Bau nach den geltenden Bestimmungen erfolgen wird und diese keine diesbezüglichen Regelungen enthalten.

**Herr Doege** fragte nach einer zeitlichen Planung.

**Herr Rebenstorf** sagte, dass es jetzt erstmal um die Beauftragung geht.

**Frau Schütz** sagte, sollte der Stadtrat dem Aufstellungsbeschluss zustimmen, gemeinsam mit der Stadt das planungsrechtliche Verfahren begonnen wird. Es sind 2,5 bis 3 Jahre für die Maßnahme angedacht. Erst, wenn die Planreife vorliegt, können Bauanträge gestellt werden. Bis dahin sollte die Finanzierung seitens des Landes stehen.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen. **Frau Dr. Burkert** bat um Abstimmung.

**Abstimmungsergebnis skE:** einstimmig zugestimmt

**Abstimmungsergebnis SR:** einstimmig zugestimmt

**Beschlussempfehlung:**

1. Der Stadtrat beschließt, gemäß § 2 Abs. 1 BauGB den Bebauungsplan Nr. 219 „Sondergebiet Theoretikum Weinberg Campus“ aufzustellen.
2. Der Geltungsbereich umfasst die in der Anlage 2 zu diesem Beschluss dargestellten Flächen von ca. 3,17 ha.
3. Der Stadtrat billigt die in der zusammenfassenden Sachdarstellung und Begründung genannten Planungsziele.

**zu 5.5 Die Stadt Halle (Saale) beantragt die Bundesförderung aus dem Bundesprogramm Anpassung urbaner und ländlicher Räume an den Klimawandel  
Vorlage: VIII/2024/00327**

---

**Frau Trettin** führte in die Beschlussvorlage ein und bat um Zustimmung.

**Frau Wolf** sprach sich für die Vorlage aus. Sie sagte, davon auszugehen, dass es maximal Belastungsklasse 2 ist, und auch von der Schadstoffbelastung her funktioniert. Es darf nicht Tausalzbelastet sein, da dies den Bäumen schaden würde. Bezüglich des Altbaumbestandes gab sie den Hinweis, dass trotz der Bewässerung das hydrologische Regime im Wurzelbereich nicht so stark verändert werden darf, da die Bäume darunter leiden würden.

**Frau Trettin** sagte, dass eine Zusammenarbeit mit Herrn Dr. Klotz (Vorsitzender des Naturschutzbeirates) erfolgen soll. Es wird eine umfassende Bestandsaufnahme und Bewertung geben. Es bedarf weiterhin einer denkmalpflegerischen Rahmenkonzeption.

**Herr Dr. Bergner** begrüßte ebenso das Projekt. Er fragte, da es ein denkmalgeschützter Garten ist, inwiefern der Schutz von Artenerhalt zu berücksichtigen ist. Er fragte weiterhin, ob Maßnahmen gegen Graffiti Schmierereien geplant sind.

**Frau Trettin** sagte, dass man mit der Denkmalbehörde im Gespräch ist. Es gibt durchaus Bewegungen, da alle vor den gleichen Herausforderungen stehen. Sie sagte, dass zu entscheiden ist, ob auf dem Berghang, der bewaldet ist, Arten getauscht werden oder ob Solitärgehölze getauscht werden. Bei den Solitärgehölzen wird man sehr darauf bedacht sein, möglichst das Original hinzubestellen. Bei denen im Waldbestand wird es großzügiger gehandelt werden und sicherlich wird es zu einem Artenwechsel kommen, mit Einverständnis der Denkmalbehörde. Das ist jedoch ein Prozess, der heute noch nicht abschließend beantwortet werden kann.

Bezüglich Graffiti Schmierereien sagte sie, dass es nicht viele Möglichkeiten der Prävention gibt. Es können bestimmte Beschichtungen und Materialoberflächen angebracht werden. Das hindert jedoch nicht daran, dass Elemente beschmiert werden.

**Herr Raue** fragte, wie viele Neupflanzungen angedacht sind und ob der gesamte Garten bewässert wird.

**Frau Trettin** sagte, zu Neupflanzungen noch keine Auskunft geben zu können. Zuerst bedarf es einer Bestandsaufnahme. Die Bewässerung würde nur Teile des Gartens betreffen.

**Frau Dr. Burkert** fragte, ob es eine Übersicht über die historische Bepflanzung gibt, zu Zeiten als der Park angelegt wurde.

**Frau Trettin** sagte, dass 2007 eine denkmalpflegerische Rahmenkonzeption erarbeitet wurde. Damals erfolgte eine Recherche zu den historischen Unterlagen. Es gibt keine Pflanzpläne oder ähnliches. Bei den Bäumen kann man aufgrund ihrer Größe das Alter ungefähr ermitteln.

**Herr Dr. Lochmann** sagte, dass durch das Förderprogramm Maßnahmen der Klimaanpassung finanziell unterstützt werden sollen. Er fragte, wieviel von der Gesamtsumme insgesamt für Klimaanpassungsmaßnahmen vorgesehen sind.

**Frau Trettin** sagte, dass das Förderprogramm entsprechende Vorgaben trifft. Demnach sind 80 Prozent für Klimaanpassungsmaßnahmen und 20 Prozent für Begleitende- und Ausstattungselemente vorgesehen.

**Herr Neumann** fragte, ob die geplanten Maßnahmen ausreichend sein werden, um den Park vor den Folgen des Klimawandels zu schützen.

**Frau Trettin** sagte, dass der Berghang zukunftsfähig gemacht werden soll. Ohne zusätzliche Bewässerung ist die Anpflanzung neuer Bäume schwierig. Es ist auch für die Verwaltung ein erster Versuch den Zustand zu verbessern. Es muss geschaut werden, welche technischen Lösungen möglich sind und welche Kosten (Investition und Unterhaltung) verursacht werden. Von daher ist es positiv, dass Halle (Saale) durch das Förderprogramm die Möglichkeit erhält eine Verbesserung zu erwirken.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen. **Frau Dr. Burkert** bat um Abstimmung.

**Abstimmungsergebnis eKE:** einstimmig zugestimmt

**Abstimmungsergebnis SR:** einstimmig zugestimmt

**Beschlussempfehlung:**

Der Stadtrat beschließt, die Antragstellung der Stadt Halle (Saale) zur Bundesförderung aus dem Bundesprogramm „Anpassung urbaner und ländlicher Räume an den Klimawandel“ für die Sanierung und den klimagerechten Umbau der denkmalgeschützten, historischen Parkanlage Reichardts Garten.

**zu 5.6**     **Antragstellung der Stadt Halle (Saale) zur Gewährung einer Zuwendung aus dem Programm "Klima III"**  
**Vorlage: VIII/2024/00472**

---

**Herr Kuchta** führte in die Beschlussvorlage ein und bat um Zustimmung.

**Frau Schöps** fragte, ob der Gabelstapler gleichzeitig an verschiedenen Orten zum Einsatz kommen soll.

**Herr Teschner** sagte, dass der Gabelstapler im Hochwasserfall tatsächlich an verschiedenen Orten zum Einsatz kommt. Es gibt auch verschiedene Lager für Material.

**Herr Dr. Lochmann** sagte, dass seine Fraktion im August einen Antrag gestellt hatte mit dem Inhalt, Projekte aus dem Programm „Klima III“ zu beantragen. Die Verwaltung hatte damals die vorgeschlagenen Projekte abgelehnt. Es hieß, dass aufgrund besserer Fördermöglichkeiten Projekte über andere Maßnahmen beantragt werden sollen. Er fragte nach dem aktuellen Stand.

**Herr Rebenstorf** sagte, dass die Beantragungen erfolgt sind. Einige Projekte (z.B. Ulrichskirchhof, Domplatz) sind über die klassische Städtebauförderung besser zu beantragen.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen. **Frau Dr. Burkert** bat um Abstimmung.

**Abstimmungsergebnis skE:** einstimmig zugestimmt

**Abstimmungsergebnis SR:** einstimmig zugestimmt

**Beschlussempfehlung:**

Der Stadtrat beauftragt die Verwaltung, das Bewilligungsverfahren zur Gewährung von Fördermitteln aus dem Programm „Klima III“ zur Beschaffung von Verladetechnik für den mobilen Hochwasserschutz im Stadtgebiet der Stadt Halle (Saale) entsprechend der Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung von Maßnahmen zur Anpassung an den Klimawandel im Land Sachsen-Anhalt fortzuführen.“

**zu 6 Anträge von Fraktionen und Stadträten**

---

**zu 6.1 Antrag der AfD-Stadtratsfraktion zur Einrichtung zusätzlicher Parkplätze unter der Hochstraße  
Vorlage: VIII/2024/00374**

---

**Herr Raue** führte in den Antrag ein und bat um Zustimmung.

**Herr Rebenstorf** sagte, dass der Glauchauer Platz neben dem Riebeckplatz einer der am stärksten befahrenen Straßenkreuzungen im Stadtgebiet ist. Der Platz wurde vor nicht allzu langer Zeit in Folge des Hochwassers saniert. Es wurde alles auf einen guten bautechnischen Zustand gebracht. In dieses Verkehrsbauwerk soll nicht mit zusätzlichen Ein- und Ausfahrten eingriffen werden.

Er sagte, dass nur das Nötigste einzubinden ist, damit das Hauptstraßennetz der Stadt

weiterhin funktioniert. Nicht zwingende Maßnahmen sind in diesen Verkehrsknoten nicht einzubinden. Zusätzliche Parkplätze würden eine weitere Nutzung darstellen.

**Herr Raue** sagte, dass an der Zufahrt zum Glauchauer Platz, direkt unter der Brücke, keine gestresste Verkehrssituation zu beobachten ist. Hier gäbe es die Möglichkeit Parkplätze (ca.15 Stück) zu errichten. Es wäre lediglich eine Fahrbahnmarkierung aufzubringen und ein Parkscheinautomat aufzustellen. Die Kosten würden sich schnell über die Parkgebühren amortisieren.

**Herr Kehr wieder** fragte, ab wann sich ein neu aufgebauter Parkscheinautomat amortisiert.

**Herr Rebenstorf** sagte eine schriftliche Beantwortung zu.

**Herr Kehr wieder** sagte, dass Parksuchverkehr nicht durch 20 zusätzliche Parkplätze verringert wird. Parksuchverkehr entsteht, weil man nicht weiß, wo freie Parkplätze vorzufinden sind.

**Herr Raue** sagte, dass diese Parkplätze offenkundig einzusehen sind. Diese Maßnahme wäre für die Verwaltung schnell und kostengünstig umzusetzen.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen. **Frau Dr. Burkert** bat um Abstimmung.

**Abstimmungsergebnis sKE:** einstimmig abgelehnt

**Abstimmungsergebnis SR:** mehrheitlich abgelehnt

**Beschlussvorschlag:**

1. Der Stadtrat prüft die Freigabe und Einrichtung zusätzlicher Parkplätze auf den Freiflächen am Glauchaer Platz unter der Hochstraße.
2. Zur Verbesserung der Befahrbarkeit der Parkplätze wird zudem geprüft, welche Optionen zu welchen Kosten bestehen, um die Bordsteinkanten an den entsprechenden Zufahrten abzusenken.
3. Es wird geprüft, wie eine sichere Wegeführung zur Querung der umgebenden Straßen für die Nutzer der parkenden Fahrzeuge eingerichtet werden kann.
4. Die Prüfergebnisse werden spätestens zur Stadtratssitzung im Februar 2025 vorgestellt.

**zu 6.4 Antrag der AfD-Stadtratsfraktion zur Sicherung der Kita „Kinderinsel“  
Vorlage: VIII/2024/00378**

---

*-Auf Antrag des Stadtrates Herrn Vierkant erfolgt zu diesem Tagesordnungspunkt ein Wortprotokoll.-*

**Frau Dr. Burkert**

Wir sind jetzt bei Tagesordnungspunkt 6.4. Das ist der Antrag der AfD-Stadtratsfraktion zur Sicherung der Kita Kinderinsel und zum Antrag kann gesprochen werden.  
Herr Vierkant, bitte.

### **Herr Vierkant**

Kleinen Moment, bin gleich soweit.

Ja, meine Damen und Herren, wir hatten hier den Antrag im November gestellt, nein Oktober war es. Hintergrund ist eine Begehung der Kita Kinderinsel aus dem September, wo der EB Kita getagt hat. Die Umstände dort vor Ort sind wirklich abenteuerlich. Wir haben ein massives Drogenproblem im Umfeld und das hat sich auch mittlerweile auf die Kita ausgewirkt. Dort ist entsprechend die Betreuer und die Eltern die sich immer mehr davor fürchten dann auch oder auch immer mehr eingeschüchtert werden, wenn sie halt auf dem Weg zur Kita regelmäßig durch die Drogendealer durchmüssen oder halt entsprechend sogar teilweise bedroht werden, wenn es um Beschaffungskriminalität geht.

Die Polizei ist hier entsprechend offensichtlich überfordert, weil sie einfach nicht der Sache Herr wird. Man hat jetzt versucht, in den letzten Monaten ein bisschen was zu machen im Vorfeld der Wahl. Ob sich das langfristig trägt ist die Frage. Selbst die HWG hat entsprechend ihre angrenzenden Mieter schon mit einem Wachschutz ausgestattet, der dort patrouilliert und wir sind aber der Meinung, dass auch der, der natürlich nicht allumfassend tätig sein kann und dementsprechend würden wir hier beantragen, dass die Kita selbst auch noch ein Wachschutz erhält. Wie das ausgestaltet wird, muss man natürlich sehen.

Eine Idee wäre, dass das ähnlich einer Patrouille wäre, aber natürlich wäre der Kita auch geholfen, wenn dort auf dem Weg zur Kita in den zentralen Bereichen die Eltern nicht mehr befürchten müssten überfallen zu werden, weil da ein Wachschutz steht. Das Drogenproblem kriegt man dort nicht gelöst aber zumindest kann man, so lange es nicht gelöst ist, den Eltern vielleicht etwas helfen. Die Kita selber ruft um Hilfe. Sie weiß nicht, wie man ihr helfen könnte aber vielleicht wäre das ein Ansatz und auch zumindest der Versuch darüber mal zu reden.

### **Frau Dr. Burkert**

Okay, gut.

Dann vielen Dank. Herzlich willkommen, Herr Scherer. Herr Scherer ist der Betriebsleiter des Eigenbetriebs Kindertagesstätten und ich möchte als erstes das Rederecht für Herrn Scherer beantragen und bitte die Stadträte um ihr Votum. Wer ist für das Rederecht? Bitte die Karte heben. Wer ist dagegen? Enthaltungen? Also, bitteschön Herr Scherer, herzlich willkommen.

Vielleicht können Sie kurz ein paar Worte aus Ihrer Sicht zum Antrag der AfD-Fraktion sagen, zur Sicherung der Kita Kinderinsel.

### **Herr Scherer**

Ja, also ich schaue gerne zurück. Wir hatten im September eine Betriebsausschusssitzung gehabt, in der Kindertagesstätte, in der Kinderinsel. Wir sind dort auch rumgegangen und haben natürlich vor Ort auch gesehen, mit welchen Problemen die Situation dort behaftet ist und dass da ein Handlungsbedarf Zweifels ohne war.

Ich möchte jetzt mal auf die Ist-Situation kommen. Zum einen ist es so, dass wir in sehr vielen Gesprächen gemeinsam mit Stadt aber auch mit der Polizei das Thema thematisiert haben und wir im Moment sagen können, dass die Situation sich deutlich entschärft hat.

Zum einen sind etliche sinnvolle Maßnahmen eingeleitet worden. Also, wir haben ja vor Ort gesehen, dass die Müllcontainer, spricht die Glascontainer entfernt worden sind. Wir haben deutlich Vorteile gehabt, was die Beleuchtung betrifft, also nicht nur der Weg ist beleuchtet, mittlerweile ist auch eine Beleuchtung direkt in der Kita angebracht, so dass also hier die Bringphase und die Abholphase der Kinder jetzt in der dunklen Jahreszeit gewährleistet ist und wir können auch sagen, dass die Maßnahmen, die derzeit durchgeführt worden sind, von den Mitarbeitern als auch von den Eltern, als sehr positiv wahrgenommen werden und dass wir da im Moment keinen Handlungsbedarf sehen.

Ganz im Gegenteil. Die Eltern haben uns zurückgemeldet, dass sie das, was passiert ist, sehr positiv wahrnehmen, dass sie gesehen haben, die Gespräche die wir geführt haben, dass die wahrgenommen worden sind, dass es zu deutlich positiven Veränderungen geführt hat und dass, was an Sicherheitsempfinden momentan noch da ist, in der Kita beziehungsweise unmittelbar im Umfeld der Kita als gut empfunden wird.

Das Problem ist momentan immer noch der Tunnel mit dem entsprechenden Durchgang, wo dann viele Eltern logischerweise dort rangehen, aber das würde sich durch eine Bewachung in der Kita nicht verändern, sondern da sind andere Stellen gefragt.

**Frau Dr. Burkert**

Vielen Dank. Herr Vierkant, bitte.

**Herr Vierkant**

Ich habe ja auch nicht gesagt, dass es in der Kita die Überwachung geben soll, sondern es geht darum, dass man für den gesamten Bereich um die Kita eine Sicherheitserhöhung schafft. Vielleicht geht das halt auch, in dem der Sicherheitsdienst sich im Bereich des Tunnels aufhält und da einfach ein Schutz anbietet.

Was die Beleuchtung angeht, ist natürlich Blödsinn, das man glaubt, die Kriminalität würde jetzt enden, weil man Licht anmacht. Also, die Drogendealer treffen sich da am heller lichten Tage. Warum sollen sie sich dann nur, weil eine Lampe leuchtet, plötzlich aufhören sich zu treffen. Das ganze Problem wird nicht durch Beleuchtung beendet, sondern wir müssen hier wirklich einen konkreten und nicht nur gefühlten Schutz schaffen. Und das geht halt wirklich darum.

Sie sagten, es hat sich jetzt gebessert durch die Kontrollen der Polizei. Ja, die sind jetzt im Vorfeld der Wahlen kurzfristig mal da, aber wir müssen ja dann eine langfristige Lösung denken und da geht's ja darum wirklich klarzumachen, dass das Umfeld geschützt ist, dort finden keine Überfälle mehr auf Betreuer und Eltern statt und dementsprechend muss auch nach der Wahl, wenn die Polizei dann wieder weg ist, wie man es ja bei der Jugendkriminalität gesehen hat, entsprechend die Sicherheit gewährleistet sein. Danke.

**Frau Dr. Burkert**

Vielen Dank. Herr Teschner hat sich jetzt gemeldet und würde auf die Frage gerne eingehen. Danach Dr. Bergner.

**Herr Teschner**

Ja, vielen Dank. Wir hatten das ja schon mal gemacht. Vor den Sommerferien hatten wir schon mal 14 Tage Wachschatz auch hingestellt. Also, das ist jetzt tatsächlich etwas, was man mal versuchen kann. Das Drogenproblem, hatten sie selbst gesagt, löst das nicht. Das ist klar. Und auch die Polizei muss dort tätig werden.

Das ist jetzt schon seit einigen Wochen, inzwischen fast schon Monate. Es gab da zahlreiche Abstimmungen auch in der Kita. Wir haben dort auch zusammengesessen. Die polizeilichen Maßnahmen sind sehr umfangreich. Das muss man wirklich sagen. Tagtäglich. Und führen auch, haben bereits zum Erfolg geführt, dass es sich erheblich gebessert hat. Das ist auch keine kurzatmige Geschichte, hat auch nichts mit der Wahl zu tun, sondern das ist einfach das Zeichen, dass diese offene Drogenszene, die wir dort jetzt hatten, wir hatten sie ja auch hier im Ausschuss schon thematisiert, dort nicht geduldet werden kann. Nicht nur aber auch wegen der Kita, das ist einfach kein Zustand, den man haben kann.

Die Maßnahmen werden fortgeführt, das ist so und auch die werden das Drogenthema auf der Welt nicht von vornherein lösen, das ist schon klar. Es ist hier natürlich auch die



Bahnhofsnähe die eine Rolle spielt, es ist zum Teil ein Verdrängungseffekt aber hier wird auch nachjustiert, dass sich das einfach nicht um 50 oder 100 Meter verschiebt. So einen Drogen-Hotspot wollen wir in der Stadt gar nicht haben, in dieser konkreten Form.

Wachschutz kann die subjektive Sicherheit erhöhen aber das löst das, also beeinflusst das Ganze natürlich gar nicht. Also, wir haben ja keine hoheitlichen Rechte, haben nur Jedermanns-Rechte und das würde jetzt also nichts ändern Letzten Endes. Das erzeugt Kosten, die sind nicht ganz unerheblich inzwischen. Wachschutz kommt normalerweise nur mindestens 5 Stunden. Die kommen nur zu zweit im Regelfall und das können wir auch nicht jahrelang machen an allen Stellen.

Also, wir glauben, dass es zweckmäßig ist, dass die Polizei ihren Job macht, hier Strafverfolgung durchgeführt und dementsprechend auch strafrechtliche Verfahren einleitet. Wir als Stadt haben die Beleuchtungssituation verbessert, die Container, die Versteckplätze usw, das ist alles klar.

Wir glauben auch, dass durch Umbaumaßnahmen die perspektivisch am Riebeckplatz passieren, die Lage grundsätzlich geändert wird, so lange wollten wir jetzt aber hier nicht warten und wir laufen natürlich auch gemeinsame Streifentätigkeit, die wir ja auch schon seit Jahrzehnten inzwischen praktizieren, ist jetzt dort auch fokussiert.

Wir glauben, dass es zweckmäßig ist, dass genau dieses umfangreiche Konzept der Polizei fortgesetzt wird. Das muss dann auch so sein.

**Frau Dr. Burkert**

Gut. Danke. Herr Dr. Bergner und dann Herr Raue.

**Herr Dr. Bergner**

Also meine Frage hat sich durch die Aussagen von Herrn Teschner eigentlich erledigt. Ich wollte nämlich nochmal fragen, welche Eingriffsmöglichkeiten hat man von einem privaten Wachschutz überhaupt bei Verstößen gegen das Betäubungsmittelgesetz zu erwarten. Offensichtlich sind da sehr enge Grenzen, Sie sagen, es sind Jedermanns-Rechte, die da ausgeübt werden können. Und insofern habe ich da auch Zweifel an diesem Ansatz. Das liefe ja dann praktisch auf eine persönliche Begleitung der Eltern oder so etwas hinaus und das kann nicht sinnvoll sein, sondern dann muss man das Deliktfeld bearbeiten.

**Frau Dr. Burkert**

Gut. Herr Raue, bitte.

**Herr Raue**

Also Dr. Berger, Jedermanns-Rechte sind in unserem Rechtsstaat trotzdem starke Rechte. Das sind jetzt, dass das kann man nicht kleinreden ja. Aber ich wollte erst mal ganz kurz reagieren, auf das Statement, das Sie gerade abgegeben haben.

Das ist ja tatsächlich ganz schön verniedlichend. Ich glaube auch nicht, dass Sie an dieser Stelle die Lage wirklich ernst nehmen. Die Kritik muss ich Ihnen jetzt mal sagen. Sie sind hierhergekommen, setzen sich dahin, erzählen uns hier alles in bester Ordnung und im Übrigen glauben Sie auch an, dass das so bleibt.

Jetzt will ich Ihnen nur sagen, diese Szene, wie wir sie dort haben, die hat sich etabliert. Lange Zeit ist die, besteht die schon. Die hat auch nichts damit zu tun, dass jetzt Winter-Halbjahr ist und wir Licht da brauchen, Herr Teschner.

Sondern es ist eine Szene, der ist Licht egal. Die agiert im Dunkeln und im Hellen, das ist egal. Die will bisschen ihre Ruhe haben und will auch unbedrängt sein. Und da sind wir

nämlich bei dem Punkt. Jemand der da seine Jedermanns-Rechte ausübt, ein Wachschutz, ja was weiß ich, irgendwie das Emblem der Stadt Halle vielleicht oder einen Ordnungsamtsmitarbeiter, der kann da schon auch jemanden es ungemütlich machen, sage ich mal.

Also, die würden dann nicht mehr diese Stelle aufsuchen, dass würde zu einer Verdrängung führen. Die Polizei, die wir jetzt dahaben, die eigentlich die richtige Adresse ist, das will ich, das sehe ich genauso ja, die ist aber einfach personell schwach in Sachsen-Anhalt, die kann nicht dauerhaft da sein. Wir haben das Polizeirevier, einen richtig kräftigen Fußballschuss entfernt. Unter den Augen des Polizeireviers hat sich das über Jahre, ich würde fast sagen Jahrzehnte etabliert. Jetzt ist die Not groß geworden, da schickt das Innenministerium kurz vor der Wahl, also Personal, um das Problem einzudämmen, um die Bevölkerung da auch, um den Sorgen zu folgen, das ist klar.

Aber die können nicht ewig bleiben, also, wir brauchen da andere Maßnahmen, wir brauchen erweiterte Maßnahmen. Und eine Mutti beispielsweise, die da ihr Kind hinbringt, die greift eben nicht sofort zum Handy und macht vielleicht ein Foto und ruft die Polizei. Das machen die nicht. Aber ein Ordnungsamt kann das machen.

Ich weiß, dass es schwierig ist wegen, aber wahrscheinlich aus arbeitsschutzrechtlichen Gründen, dürfen die wahrscheinlich nur in Doppelstreifen gehen, könnte ich mir vorstellen, das treibt den Preis hoch. Das ist ärgerlich, aber irgendeine Maßnahme müssen wir natürlich auch ergreifen als Stadt, wir können das nicht laufen lassen.

Und das, was in unserem Antrag steht, wir wollten dafür auch Haushaltsmittel bereitstellen. Letztendlich muss man irgendwas tun, spätestens dann, da gucken wir uns noch mal an, was weiß ich im Sommer, wenn nämlich die Wahlen vorbei sind, und wenn die Polizei an anderen Stellen gefordert ist, oder die Überstunden, die sie jetzt aufbaut, abbummeln muss. So sieht es nämlich aus, die haben dann auch Krankenstände und dergleichen.

Also, man muss schauen und das ist auch meine Anregung, auch wenn ich da auch keine Lösung habe, ob man nicht irgendwas zwischen Polizei und, deren Stunden richtig teuer sind im Vergleich zu einem privaten Sicherheitsdienst, das muss man auch noch dazu sagen, also Polizeistunden sind wahrscheinlich drei Mal so teuer. Das man da irgendetwas findet, wo diese gefühlte Sicherheit, die dann auch zu einer realen wird, weil nämlich die Leute nicht alle per se gleich alle mit einem Messer auf einen los gehen, dass man die irgendwie schafft, ja.

Also, das sind Drogendealer, die wollen ihre Ruhe haben, die wollen, aber, wenn die eben gemeldet sind, und da sind wir eben bei dem Punkt, die Polizei müsste es immer bestreifen. Normal, hättest du da einen, der sozusagen die dann immer meldet, dass die Polizei sozusagen nur aus ihrem Revier, das ja ein paar Minuten weg ist, dass die nur jemanden schicken müssen, der den sozusagen greift, das wäre die Lösung, denn dann würden die immer wieder neu gegriffen und dann könnte man die auch strafrechtlich belangen. Aber, das macht nicht die Mutti, die ihr Kind an der Hand hat, die macht das nicht, die gefährdet sich nicht. Verstehen Sie, die Eltern trauen sich das einfach nicht.

#### **Frau Dr. Burkert**

Herr Raue, Herr Teschner würde gerne mal auf Ihre Rede jetzt eingehen wollen. Herr Teschner, bitte. Und danach Herr Kehr wieder.

#### **Herr Teschner**

Also, leider haben die Erfahrungen gezeigt, dass die Dealer, die vor Ort sind, genau gucken, wer kommt dort und was macht der. Wenn sich also Ordnungsamt alleine nur dahinstellt, ich habe mich da auch mal in Uniform hingestellt, die merken schon, wird jetzt hier gehandelt

oder nicht. Und beim Wachschutz ist es genauso. Die gucken erstmal, gehen vielleicht ein paar Meter weg, aber nach einer halben Stunde wissen die, es ist Wachschutz, da ist nix Polizei. Dann sind die wieder da. Und dieser Effekt, den Sie sich versprechen, der ist nicht eingetreten.

Wir hatten das ja 14 Tage lang, ich bin mit dem Ordnungsamt dort mit zehn Mann aufgetaucht. Wir haben dort diese Rechte nicht. Wir haben nicht diese Befugnisse. Wir sind nicht die Strafverfolgungsbehörde. Wir laufen gerne mit der Polizei dort lang, aber ohne Polizei geht es nicht. Und der Wachschutz wird kein Effekt erzielen. Das ist leider so. Direkt vor der Kita ja, da rennt dann keiner rein. Aber das dann vor der Kita dort nix passiert, das passiert nicht.

**Frau Dr. Burkert**

Okay, danke. Herr Kehrwieder zieht zurück. Dann würden wir abstimmen.  
Herr Raue, bitte.

**Herr Raue**

Wer ruft denn die Polizei? Die ruft ja keiner. Die Eltern rufen die ja nicht, weil die fühlen sich dann, wenn sie sozusagen, wenn sie die Täter verpetzen, dann fühlen die sich ja wahrscheinlich gefährdet. Das ist ja wie mit der Jugendkriminalität. Da gab es ja auch ewig keine Meldungen, ja, weil jeder das irgendwie mit sich selber ausgemacht hat. Und ich glaube ...

**Frau Dr. Burkert**

Gut, ich würde Herrn Teschner jetzt mal die Antwort überlassen.

**Herr Teschner**

Die Polizei kann grundsätzlich jeder rufen. Es gibt inzwischen doch auch erhebliche, in diesem Jahr mal erhebliche, jetzt nicht in den letzten Wochen, aber eine Beschwerdelage, die vorher aufgelaufen ist und die natürlich auch mit dazu geführt hat, dass die Maßnahmen eingeleitet worden. Im Akut Fall ist es ja mehr so die Präsenz von Personen, wo man sagt, dort wird offensichtlich mit Drogen gehandelt. Das sind weniger als die Übergriffe. Da ruft keiner die Polizei, tatsächlich. Aber die Beschwerdelage ist schon durchaus da. Gerade bis zur Jahresmitte, muss man sagen.

Frau Dr. Burkert

Vielen Dank.

Dann bitte ich jetzt die sachkundigen Einwohner um ihr Votum. Wer ist für den Antrag, bitte Hand heben beziehungsweise die Karte. Sehe ich keine Stimmen.

Herr Scherer, würden Sie bitte sitzen bleiben, wir haben nämlich noch den zweiten Antrag von den Linken zur Beleuchtung der Kita, kann sein, dass da noch Fragen kommen. Wenn Sie so freundlichen wären, dass wäre sehr schön.

Dann, wer ist gegen den Antrag von den sachkundigen Einwohnern? Das sind sechs Stimmen. Enthaltung? Sehe ich nicht. Einstimmig abgelehnt.

Jetzt die Stadträte. Wer ist für den Antrag? Wer ist gegen den Antrag? Und Enthaltung? Eine Enthaltung. Damit ist der Antrag mehrheitlich abgelehnt.

*-Ende Wortprotokoll-*

**Abstimmungsergebnis skE:**

**einstimmig abgelehnt**

**Abstimmungsergebnis SR:**

**mehrheitlich abgelehnt**

**Beschlussvorschlag:**

Der Stadtrat beschließt die Kita „Kinderinsel“, Friedrich-List-Straße 20 06110 Halle (Saale), über einen privaten Sicherheitsdienst absichern zu lassen.

**zu 6.5 Antrag der Fraktion Die Linke im Stadtrat Halle (Saale) zur  
Beleuchtungssituation Friedrich-List-Straße  
Vorlage: VIII/2024/00386**

---

**Herr Gernhardt** führte in den Antrag ein und bat um Zustimmung.

**Herr Rebenstorf** sagte, dass in der Friedrich-List-Straße durchaus Lichtquellen kaputt waren. Diese wurden repariert. Der weitere Weg ist gut ausgeleuchtet. Die Verwaltung sieht keine Notwendigkeit, weitere Straßenlaternen aufzustellen.

**Herr Vierkant** sagte, dass die Kriminalität vor Ort da ist, unabhängig der Lichtverhältnisse. Eine Beleuchtung wird an dem Zustand nichts ändern.

**Frau Dr. Burkert** bat Herrn Scherer um Stellungnahme, ob die Beleuchtungssituation vor Ort ausreichend ist.

**Herr Scherer** sagte, dass Mitarbeiter und Eltern mit der Beleuchtungssituation zufrieden sind. Die Beleuchtung, die an der Kita angebracht worden ist, ist durch die Stadt erfolgt und nicht auf Rechnung des Eigenbetriebes.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen. **Frau Dr. Burkert** bat um Abstimmung.

**Abstimmungsergebnis skE:**

**mehrheitlich abgelehnt**

**Abstimmungsergebnis SR:**

**mehrheitlich abgelehnt**

**Beschlussvorschlag:**

1. Der Stadtrat bittet die Stadtverwaltung mit der Halleschen Wohnungsgesellschaft Kontakt aufzunehmen, um kurzfristige Maßnahmen zum Be- und Ausleuchten des Bereiches Friedrich-List-Straße 12 bzw. Riebeckplatz 7 zu ermitteln und zeitnah umzusetzen.
2. Der Stadtrat beschließt den Bereich Friedrich-List-Straße 12 bzw. Riebeckplatz 7 mit Priorität in das Beleuchtungskonzept aufzunehmen, um das Sicherheitsgefühl für diesen Bereich wieder deutlich zu erhöhen.

**zu 6.6 Antrag der Fraktion Die Linke im Stadtrat Halle (Saale) zur frühzeitigen  
Sicherung der Kleingärten und Angelgewässer in Bruckdorf  
Vorlage: VIII/2024/00388**

---

**Frau Krischok** führte in den Antrag ein und bat um Zustimmung. Sie fragte, ob eine neue Deponie in Planung ist, nach dem aktuellen Sachstand bezüglich der Flächen und dem Beginn des Landschaftsschutzgebietes (LSG). Sie bezog sich auf den Bebauungsplan Nr. 53 aus dem Jahr 1993 und fragte nach dem planungsrechtlichen Erfordernis und der Zielstellung dessen und warum dieser letztlich nicht zur Beschlussfassung kam. Sie bat weiterhin um eine Stellungnahme zur Kleingartenanlage und ob diese mit ins LSA-Gebiet aufgenommen wird.

**Herr Rebenstorf** sagte, dass der Plan zum Bebauungsplan 53 farblich in zwei Bereiche gegliedert ist. Ein roter Bereich, welcher zum Satzungsbeschluss kam und ein orangefarbener Bereich, welcher laufende Verfahren darstellt. Der Fläche in Bruckdorf ist nach Bundeskleingartengesetz geschützt, unabhängig der Eigentumsverhältnisse. Die Eigentümer haben sich an geltendes Recht zu halten. Er fragte, woher die Informationen zu einer Deponie kommen, es liegen der Verwaltung keine Anträge vor. Er bat Frau Krischok um spezifische Hinweise.

**Herr Rebenstorf** führte weiter aus, dass seitens der LMBV die Anfrage zum Grundstückserwerb kam. Die vorläufige Unterschutzstellung des Landschaftsschutzgebietes ist weiter verlängert worden. Es befindet sich alles im laufenden Verfahren, der Schutzstatus wird geprüft. Eine Aufnahme der Kleingartenanlagen in das Landschaftsschutzgebiet ist noch in der Prüfung. Die Entscheidung soll mit und für die Kleingärtner getroffen werden.

Er sagte, dass die Verwaltung den Schutzstatus als gesichert sieht. Es wird kein Wohngebiet errichtet. Die Verwaltung hält aufgrund der Stadtentwicklung daran fest, die Kleingartenanlage sowie das Landschaftsschutzgebiet zu erhalten.

Sollten Verfahren von Dritten ausgelöst werden, wird die Verwaltung beteiligt werden. Aber darüber gibt es keine Erkenntnisse.

**Frau Krischok** begrüßte es, dass eine Kommunikation mit den Kleingärtnern erfolgt. Sie fragte, ob die Verwaltung bei anderen umweltschädlichen Aktionen / Projekten immer beteiligt werden muss, auch wenn die Flächen nicht im städtischen Eigentum sind.

**Herr Rebenstorf** sagte, dass die Verwaltung bei verfahrensfreien Angelegenheiten nicht beteiligt wird.

**Herr Dr. Bergner** stellte einen Geschäftsordnungsantrag auf Vertagung. Diesem wurde zugestimmt.

**Abstimmungsergebnis:**                      **vertagt**

**Beschlussvorschlag:**

1. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, dem Stadtrat eine Entscheidung zu ermöglichen, in wie weit die Flächen der Kleingartenanlagen in Bruckdorf samt Nebenflächen und Zufahrtswegen durch die Stadt von der Lausitzer und Mitteldeutschen Bergbau- Verwaltungsgesellschaft (LMBV) erworben werden und somit ein Vorkaufsrecht ausgeübt wird.
2. Die Stadtverwaltung legt hierfür unverzüglich dem Stadtrat eine Beschlussvorlage vor die beinhaltet:
  - a) die Kaufkonditionen und den Umfang der zum Verkauf vorgesehenen Flächen,

- b) die Finanzierungsoptionen für die Nutzung des Vorkaufsrechts,
  - c) Optionen zur langfristigen Refinanzierung des Ankaufs der Flächen.
3. Die Stadt Halle (Saale) strebt den Erhalt aller Kleingartenanlagen auf diesem Gebiet an, solange die Nutzung als Kleingärten nach Bundeskleingartengesetz gewährleistet ist. Die Stadt strebt ebenfalls den Erhalt der Gewässer und Tagebaurestlöcher an und unterstützt die Nutzung u. A. als Angelgewässer.
4. Der Stadtrat spricht sich gegen die Ausweitung der Behandlungsanlagen für Bauschutt sowie gegen die Ausweitung von Deponien über die bereits genehmigten Flächen in Ammendorf und Bruckdorf hinaus aus.

**zu 6.7     Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zu Freiflächen für die  
Nachtkultur  
Vorlage: VIII/2024/00147**

---

*-Auf Antrag des Stadtrates Herrn Vierkant erfolgt zu diesem Tagesordnungspunkt ein  
Wortprotokoll.-*

**Frau Dr. Burkert**

Jetzt kommen wir zum SPD- Antrag zur Nachtkultur, passend zur fortgeschrittenen Stunde, und Herr Neumann hat sich gemeldet.

**Herr Neumann**

Vielen Dank. Genau, also, wir wollen mit dem Antrag, die unsere Kultur als einen Wirtschafts- / als einen sozialen Faktor stärken. Ich glaube, das kommt da gut draus hervor, um zum Beispiel natürlich auch jungen Menschen weiter was in der Stadt zu bieten.

Wir sagen, das Thema zu prüfen, ist sehr sinnvoll, weil wir einfach dieses Thema, dieses Stichwort Spontan an die Bedürfnisse der verschiedenen Akteure da anpassen müssen. Ich glaube, wir kennen das alle, wenn wir Geburtstag haben und dann laden wir nicht erst 24 Stunden vorher ein, sondern auch, wenn ich fünf Tage vorher zu meinem Geburtstag einlade, dann zählt das immer noch als ziemlich spontan und deshalb sagen wir, und das ist das, was wir natürlich auch in Abstimmung mit dem Netzwerk der Musikveranstaltenden dort gehört haben, dass wir das anpassen wollen und sehen da auch eine Entlastung für die Verwaltung, eine Unterstützung, um einfach diesen Druck da rauszunehmen von den schnellen Fristen.

Und in dem Sinne betrifft das unseren Ausschuss, glaube ich, zum einen in Hinsicht der Ordnung, in Hinsicht von Lärm und so weiter, wo es sinnvoll ist, da einen Interessensausgleich zu schaffen, dass wir in der Stadt verschiedene Orte für Musik haben und das wir so auch Orte, wie den August-Bebel-Platz, das Landesmuseum, wir kennen sie alle, da ein bisschen entzerren.

Und zum anderen ist das natürlich für die Natur sensibel, wo die Frage ist, wie beeinflussen wir die Natur mit solchen Partys. Deshalb sagen wir, das ist ein Prüfauftrag, die Händelfestspiele finden auch in der Galgenbergschlucht statt. Das sollten wir uns mal angucken und das dann eben passend für die ganze Kulturszene öffnen.

**Frau Dr. Burkert**

Vielen Dank. Für die Verwaltung würde jetzt Herr Kuchta sprechen und danach Herr Teschner.

**Herr Kuchta**

Ja, vielen Dank. Also, durch diese Änderung des Antrages hat sich die Zuständigkeit bei uns innerhalb der Stadtverwaltung geändert. Die ersten zwei Fragen betreffen jetzt mich, den Fachbereich Umwelt.

Wir würden den grundsätzlich, den Prüfauftrag, annehmen, das ist jetzt nicht das Problem. Diese ganzen Standorte, da muss die untere Emissionsschutzbehörde eine ausführliche Schallemissionsprognose machen. Das ist natürlich immenser Aufwand, wo wir jetzt aktuell mit dem Lärmaktionsplan ausgelastet sind. Deswegen nur der Hinweis, ob wir es bis Ende Februar, das Ganze, schaffen, würde ich Ihnen jetzt nicht zusagen wollen. Ansonsten prüfen wir es.

Und wir würden noch mal anregen, vielleicht Mitte Januar, wenn der Lärmaktionsplan soweit abgeschossen ist, dass wir uns vielleicht mit Ihnen und gerne auch mit den Interessengemeinschaften, von den das ursprünglich kommt, vielleicht nochmal zusammensetzen, um dann noch Detailfragen zu klären. Aber grundsätzlich würden wir hinsichtlich der ersten zwei Fragen den Antrag annehmen.

**Frau Dr. Burkert**

Gut, vielen Dank. Herr Teschner, bitte.

**Herr Teschner**

Ja, die Frist würden wir nochmal diskutieren. Grundsätzlich richtet sich das Angebot eher an private, Veranstalter sagt man da ja nicht, aber Akteure. Wir haben ja schon festgestellt in den Diskussionen der letzten Jahre, dass es da zwei Gruppen gibt. Zum einen die, die privat grillen wollen und dazu Musik hören wollen, eine Party machen wollen. Und es gibt die, die mehr oder minder professionell Partys veranstalten, wo auch mehr kommen, wo auch richtige Boxen verwendet werden. Für die ist es in der Tat schwierig. Die sind aber nicht in erster Linie gemeint.

Die Frist, das verstehe ich schon, das man sagt, wir planen, das Wetter ist zwar nicht viel länger als 24 Stunden so richtig vorhersagbar aber man plant ja schon ein bisschen anders. Das würden wir als Thema mal diskutieren, ob das möglich und sinnvoll ist. Also, wir haben ja alle auch nichts davon, wenn alle ihre Planung schon eine Woche vorher fertig haben aber dann warten, bis 24 Stunden ran sind, damit es spontan ist. Das bringt ja auch keinen Weiter. Insofern würden wir das mal mitnehmen. Aber wir müssen im Hinterkopf haben, es geht nicht um Großveranstaltungen von professionellen Veranstaltern.

**Frau Dr. Burkert**

Gut, vielen Dank. Gibt es weitere Wortmeldungen? Herr Wolf und dann Herr Vierkant.

**Herr Wolf**

Wir als Grüne finden den Antrag gut und unterstützen das. Leipzig ist ziemlich erfolgreich mit ihrem Veranstaltungsflächenkonzept. Die haben da auch für die Flächen Steckbriefe entwickelt und auch Emissionssteckbriefe. Also, solche Schallemissionssteckbriefe, wo im Grunde alles draufsteht, in welche Richtung die Anlage ausgerichtet werden soll und wo die Bühne stehen soll am besten, um da den bestmöglichen Emissionsschutz zu gewährleisten.

Und darüber hinaus ist es eigentlich doch ganz gut für das Image der Stadt. Also, ich weiß, dass Leipzig da, die haben zum Beispiel einen Preis für gute Verwaltung für dieses Konzept bekommen. Also, ich glaube, das steht der Stadt schon ganz gut, da auch offen zu sein und dieser Clubkultur und Jugendkultur da sozusagen das zu unterstützen. Das wir möglicherweise nicht ganz alle Partys, die nicht angemeldet sind, wegnehmen. Es wird immer auch diese Subkultur geben. Aber es gibt ja auch ganz viele Veranstaltungskollektive,

die eben genau das wollen, kurzfristig sozusagen, nicht kommerzielle Veranstaltungen durchführen und daher finde ich den Antrag zustimmungswürdig.

**Frau Dr. Burkert**

Vielen Dank. Herr Vierkant.

**Herr Vierkant**

Ich wollte direkt anschließen, an das, was Herr Teschner sagte. Genau für diese größeren Veranstaltungen ist eben diese Spontanparty nicht gedacht. Es ist ja genau der Hintergrund, warum es diese strengen Regelungen gibt, dass man 24 Stunden vorher erst anmelden darf. Und dementsprechend auch dann erst anfangen darf zu bewerben, damit es nicht so eskaliert. Wenn wir jetzt auf fünf Tage erweitern, dann ist natürlich auch die Bewerbung größer, dann wird es eine Riesenveranstaltung geben, die im Zweifel gar nicht zu kontrollieren ist, wie groß sie wird. Die Anwohner haben sich ja vor ein paar Jahren massiv über diese Partys schon beschwert. In diesem Zusammenhang wurden entsprechend strengere Bedingungen erlassen.

Und Frau Wolf sagt jetzt, die möchte ganz gerne, dass da die große Veranstaltungsbranche auch partizipieren kann. Aber genau dafür ist es nicht gedacht. Wer als privater Veranstalter kommerziell Partys veranstalten möchte, der muss den geregelten Weg gehen mit einem Monat vorher, glaube ich, Voranmeldung. Entsprechend dann auch sich professionell bewerben und professionell Einnahmen haben. Dieses Spontanparty-Konzept hat nicht den Sinn kommerziellen Anbietern die Organisation zu erleichtern, indem sie dann mal eben schnell einen formlosen Antrag stellen und dann fünf Tage später den großen Reibach machen.

Also, es geht wirklich darum, dass hier Freunde sich treffen können und Party machen können und dafür muss ein Tag reichen. Deswegen ist gerade Punkt 3 im Antrag der SPD, dass sie die Anzeigefrist auf fünf Tage verlängern, richtig kritisch zu sehen und dürfte aus unserer Sicht massiv dazu führen, dass es richtig eskaliert und wirklich eine Belästigung für die Anwohner ist und natürlich zu einer massiven Vermüllung führt, die durch die Stadt dann zu beseitigen wäre.

**Frau Dr. Burkert**

Gut, vielen Dank. Frau Krischok.

**Frau Krischok**

Also, wenn ich mir Spontanpartys nochmal angucke, dann heißt das, sie sind ja eh nur anzuzeigen. Gut, man muss dann warten, dass die Verwaltung das bestätigt. Aber ich habe da mal die Lautstärken, die mal sein darf, wir haben es ja mal probiert. Also, da darf ich ja schon zu Hause in meiner Wohnung nicht laut genug reden, dann ist die Stärke schon erreicht. Das halte ich für da, wo sich bis zu 499 Leute treffen können für, glaube ich, nicht einhaltbar. Es sei denn, also zumindest behaupten meine Enkel, dass man ja natürlich auch Musik hören kann über Kopfhörer und, dass das super sein soll. Ich habe es selber noch nicht ausprobiert. Das ist meine eine Überlegung, also Spontanparty habe ich schon ein bisschen was Anderes, verstehe ich schon ein bisschen was Anderes drunter als das, was die IG Musikveranstaltenden ja hauptsächlich haben.

Aber, wir würden trotzdem dem zustimmen, dem Antrag, und haben noch den Vorschlag, vielleicht mal mit zu prüfen zwischen Neustadt und Heide-Süd soll irgendwie Platz sein. Ich hatte jetzt keine Zeit mehr, mir das anzugucken. Aber vielleicht, wenn Sie ohnehin unterwegs sind und überlegen, wäre das super günstig, das noch mit zu prüfen. Es ist ja ein Prüfauftrag und prüfen, denke ich mal, sollte sich, könnte man immer machen und sollte sich lohnen.



**Frau Dr. Burkert**

Gut, vielen Dank. Wenn ich jetzt keine Wortmeldung mehr sehe, doch, Herr Neumann nochmal.

**Herr Neumann**

Genau, also, ich wollte nur noch mal kurz ergänzen zu diesem Punkt der Fristen, dass einfach wir auch da das Feedback bekommen haben, dass diese 24 Stunden für das Wochenende eben einfach einschränkend sind, weil das Ordnungsamt da nicht in dem Zusammenhang regulär arbeitet. Und wenn ich dann eben für Samstagabend, für Sonntag etwas anmelden möchte, dann geht das gar nicht mehr zusammen.

**Frau Dr. Burkert**

Gut, vielen Dank. Jetzt sehe ich Herrn Vierkant nochmal.

**Herr Vierkant**

Nur ganz kurz darauf reagieren. Dann brauchen wir nicht auf 5 Tage erweitern, dann reichen 48 Stunden. Das wäre ja schon entsprechend ein Punkt, den man leben könnte. Aber 5 Tage ist halt eben zu lang, weil es dann wirklich eine Großveranstaltung wird im Zweifel.

**Frau Dr. Burkert**

Frau Wolf.

**Frau Wolf**

Vielleicht noch mal ganz kurz ein Punkt zu der Vermüllung. Selbstverständlich sind in Leipzig die Veranstaltungskollektive dafür verantwortlich, dass kein Müll zurückgelassen wird. Die müssen vorher bei der Stadtreinigung Müllsäcke kaufen, müssen auch Toiletten entsprechend aufstellen, je nach Größe der Veranstaltung. Also, das ist natürlich auch alles geregelt in diesem Steckbrief. Insofern wird die Fläche so hinterlassen, wie sie vorgefunden wurde.

**Frau Dr. Burkert**

Vielen Dank. Wenn ich jetzt keine Wortmeldung mehr sehe, sind wir Abstimmungsbereit.

*-Ende Wortprotokoll-*

**Abstimmungsergebnis skE:**

**einstimmig zugestimmt**

**Abstimmungsergebnis:**

**mit Patt abgelehnt**

**Beschlussvorschlag:**

1. Die Stadtverwaltung wird beauftragt zu prüfen, inwiefern die folgenden Flächen für anzumeldende Musikveranstaltungen genutzt werden können, um Anwohner:innen der Peißnitzinsel und des Gimritzer Damms zu entlasten:
  - Rennbahn
  - Große Galgenbergschlucht
2. Die Stadtverwaltung wird beauftragt zu prüfen, inwiefern die folgenden Flächen für Spontanpartys genutzt werden können (zusätzlich zu den bestehenden Flächen):

- Angersdorfer Teiche (51.46789425546604, 11.90499658570413)
- Trotha hinter Kläranlage (51.524733856573164, 11.926234193408948)
- L 145 Richtung Sennewitz (51.53439402003182, 11.958608429220364)
- Halle-Saale Schleife neben Gimritzer Damm (51.488577883798165, 11.94649984554222)
- oberhalb vom Peißnitzhaus hinter Baschkirischem Spielplatz (51.494905456360165, 11.947832255967155)
- Trotha zwischen Brachwitzer Str. und Götsche (51.5283075018558, 11.936871387507082)
- Große Galgenbergschlucht (51.50652813622847, 11.972178208993858)

3. Die Stadtverwaltung wird beauftragt zu prüfen, inwieweit die Anzeigefrist für Spontanpartys auf bis zu fünf Tage verlängert werden kann.

Das Prüfergebnis wird dem Stadtrat bis zu seiner Sitzung am 26.02.2025 vorgelegt.

Die Stadtverwaltung wird beauftragt zu prüfen,

1. inwiefern die Bedingungen wie Kosten (z.B. Flächennutzungskosten) reduziert beziehungsweise ausgesetzt werden können und Auflagen für freie Musikveranstaltungen mit kommerzieller Nutzung auf Flächen im Stadtgebiet verbessert werden können;
2. inwiefern die Freilichtbühne Peißnitz für kommerzielle Veranstaltungen von freien Musikveranstaltungen nutzbar gemacht werden kann;
3. inwiefern der Festplatz Gimritzer Damm für kommerzielle Veranstaltungen von freien Musikveranstaltungen nutzbar gemacht werden kann, u.a. durch das Zurverfügungstellen von Infrastruktur wie Toiletten, Zäunen bzw. Absperrungen, Auto- und Fahrradabstellmöglichkeiten;
4. inwiefern durch die Verwaltung weitere Flächen für kommerzielle Veranstaltungen von freien Musikveranstaltungen gefunden bzw. nutzbar gemacht werden können, um die Anwohner\*innen auf der Peißnitzinsel bzw. des Gimritzer Dammes zu entlasten;
5. inwiefern die räumliche Ausrichtung von Musikanlagen für alle Spontanpartyplätze überprüft und ggf. ergänzt oder optimiert werden kann und inwiefern daraufhin die Anhebung der Dezibel Richtwerte möglich ist;
6. inwiefern Expert:innen wie bspw. Toningenieur:innen in eine Überarbeitung der Dezibel Richtwerte für Spontanpartys eingebunden werden können;
7. inwiefern unter Berücksichtigung der Anwohner:innen sowie der Belange von Umwelt und Lärmschutz durch die Verwaltung weitere geeignete Flächen zur Durchführung von Spontanpartys im Stadtgebiet ausgewiesen werden können;
8. inwiefern die Anmeldefrist für Spontanpartys zeitlich nach vorne geöffnet werden kann, um eine Anmeldung früher als 24 Stunden vor Veranstaltungsbeginn zu ermöglichen.

Das Prüfergebnis wird dem Stadtrat bis zu seiner Sitzung am 27.11.2024 vorgelegt.

## zu 7      **Mitteilungen**

---

### zu 7.1    **Informationen zu aktuellen Baumfällungen in der Stadt Halle (Saale)** **Vorlage: VIII/2024/00590**

---

Die Mitteilung wurde zur Kenntnis genommen.

## **zu 7.2 Information zum Aktionsplan**

---

**Herr Kuchta** informierte zum Aktionsplan Klimaschutz. Die Verwaltung hat am heutigen Tag einen Fördermittelbescheid in Höhe von 1,4 Millionen Euro erhalten.

Zu den Maßnahmen gehören u.a. die Anlage von Blühflächen und Gehölzpflanzungen Höhe Brachwitzer Straße und Rennbahnkreuz, sowie Entsiegelungsmaßnahmen, neue Wegebeziehungen und Baumpflanzungen am Anhalter Platz.

Die geplante Reparatur und Neugestaltung des Areals Chemiebrunnen in Halle-Neustadt wurde mit der Begründung abgelehnt, dass eine technische Sanierung eines Brunnens keine förderfähige Maßnahme darstellt.

## **zu 8 Anfragen von Fraktionen und Stadträten**

---

### **zu 8.1 Anfrage der Fraktion BÜDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Pflege der Weinbergwiesen Vorlage: VIII/2024/00555**

---

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

### **zu 8.2 Anfrage der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Bewertung eines Pilotprojektes zur autonomen Straßenbahn Vorlage: VIII/2024/00463**

---

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

### **zu 8.3 Anfrage der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zum Flughafen Leipzig-Halle – hier: Lärmbelastung Vorlage: VIII/2024/00550**

---

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

### **zu 8.4 Anfrage der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zu den Straßen Im Langen Feld und Diestelweg – hier: Verkehrsberuhigung Vorlage: VIII/2024/00551**

---

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

#### **zu 8.5 Herr Raabe zum Elektromobilitätskonzept**

---

**Herr Raabe** fragte, wann dem Rat die Beschlussvorlage zum Elektromobilitätskonzept vorgelegt wird.

**Herr Zwick** antwortete, dass sich die Vorlage noch in der internen Abstimmung befindet. Die Prüfung und Möglichkeiten sind umfangreich. Es ist geplant, die Vorlage im März 2025 in den Rat einzubringen.

#### **zu 8.6 Frau Dr. Burkert zur Straßenreinigung**

---

**Frau Dr. Burkert** sagte, dass der Parkplatz vor dem Briefwahlbüro in der Wolfgang-Borchert-Straße leer ist aber trotzdem gereinigt wird. Sie fragte nach den Gründen.

**Herr Teschner** sagte eine schriftliche Beantwortung zu.

#### **zu 8.7 Herr Neumann zum Klimaschutzkonzept**

---

**Herr Neumann** sagte, dass hinsichtlich der Fortschreibung des Klimaschutzkonzepts bereits Verbände eingebunden sind. Er fragte, wann Friday for Future eine Einladung dazu erhält.

**Herr Zwick** sagte, dass Friday for Future im Rahmen der Öffentlichkeitsbeteiligung die Möglichkeit der Einbringung hat.

**Herr Neumann** fragte, auf welcher Basis Vertreter eingeladen werden.

**Herr Zwick** sagte, dass eine Fachexpertise von Bedeutung ist.

#### **zu 8.8 Herr Neumann zum Fahrradparken am Hauptbahnhof**

---

**Herr Neumann** sagte, dass es durchaus Dauerparker im Fahrradparkhaus am Hauptbahnhof gibt. Seiner Kenntnis nach werden entsprechende Fahrräder markiert und entfernt. Er fragte nach dem aktuellen Stand.

**Herr Teschner** sagte, dass vorrangig Fahrräder, die nicht mehr fahrtauglich sind, entfernt werden. Diese werden zuerst markiert und nach einer Frist entfernt und verschrottet.

#### **zu 8.9 Herr Neumann zum Falschparken in der Altstadt**

---

**Herr Neumann** sagte, dass aktuell, aufgrund des Weihnachtsmarktes, viele Falschparker zu verzeichnen sind, gerade Höhe Palette. Er fragte, ob entsprechende Kontrollen erfolgen.

**Herr Teschner** sagte, dass regelmäßige Kontrollen im Altstadtbereich erfolgen. Man ist sich des hohen Verkehrsaufkommens bewusst.

**zu 9      Anregungen**

---

Es wurden keine Anregungen gegeben.

**Frau Dr. Burkert** bat um Herstellung der Nichtöffentlichkeit.

Für die Richtigkeit:

---

Dr. Silke Burkert  
stellvertretende Ausschussvorsitzende

---

Sarah Lange  
Protokollführerin